

„Juristocracy“ als Herausforderung an Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert: vom Erbe Pinochets zur asamblea constituyente?

Fabian Unterberger

Zusammenfassung

Legislativ verhandelte Politikgestaltung wird zusehends abgelöst durch die Einschreibung von Eliteninteressen in Gesetzes- und Verfassungstexte. Derart verrechtlichte und vor demokratischer Einflussnahme immunisierte Interessenspolitik bezeichnet Ran Hirschl (2004) im Ergebnis als „Juristokratie“. Dieser Beitrag untersucht die daraus folgenden Implikationen für Dynamik und Strategie Sozialer Bewegungen als auch für deren theoretische Verortung. Übersetzen sich deren Forderungen angesichts einer undurchlässigen politischen Institutionalisierung nicht in konkrete Politiken, konvergieren die Bewegungen im Ruf nach (wahrer) Demokratie. Das Beispiel der Bildungsproteste in Chile seit 2006 zeigt, wie der Juristokratie der Provenienz Pinochets mit einer breiten Allianz für Demokratie begegnet wird. Inspiriert von den Beispielen des lateinamerikanischen nuevo constitucionalismo beginnen die Bewegungen in Chile mit der Notwendigkeit einer neuen Verfassung zu argumentieren und der konstituierten Macht die konstituierende Macht gegenüberzustellen. Die Kluft zwischen konstituierender und konstituierter Macht wird als zentraler Vektor der demokratischen Verfasstheit einer Gesellschaft bestimmt.

Schlagwörter: new constitutionalism, nuevo constitucionalismo, Soziale Bewegungen, Demokratie, Chile

Juristocracy as a challenge for social movements in the 21st century: From Pinochet's legacy to the asamblea constituyente?

Abstract

Legislative politics are increasingly replaced by the inscription of elite interests in law and constitutions. Ran Hirschl (2004) terms this insulation of neoliberal policies „juristocracy“. The aim of this paper is to investigate the implications of this closure of the political- institutional system for dynamics and strategy of social movements and for their theoretical localisation. If they don't succeed in realising their demands due to a rigid political- institutional system, diverse social movements can converge in a common call for democracy. The case study of the student protests in Chile shows how social movements contest the juristocracy inherited from the era of Pinochet with a broad alliance for democratisation. Inspired by the example of the Latin-American nuevo constitucionalismo they start to argue with the necessity of a new constitution and confront the constituted power with the constituent power. This paper identifies the gap between constituent power and constituted power as the central axis of the conflict, which furthermore determines the democratic validity of a society.

Keywords: new constitutionalism, nuevo constitucionalismo, social movements, democracy, Chile

1. Einleitung

Juristocracy – ein düsteres Zeugnis der wahren Natur konstitutioneller Demokratie im 21. Jahrhundert (Hirschl 2004: 108), das damit für Soziale Bewegungen gleichermaßen herausfordernd als auch vielversprechend beginnt. Denn was Hirschl *Juristokratie* nennt, ist nichts anderes als das Eingeständnis der Eliten, dass ihre Interessen nicht mit denen der großen Mehrheit vereinbar sind. Den *new constitutionalism*, der die Form einer *Juristokratie* annimmt (Hirschl 2000, 2001, 2004), erklärt sich Hirschl aus der Lage diskreditierter politischer und ökonomischer Eliten, die zur Durchsetzung ihrer Politiken zu einem Bündnis mit juristischen Eliten und der Judikative greifen, da sich für ebendiese Politiken keine Mehrheiten mehr mobilisieren lassen bzw. diese zu bröckeln beginnen. Hirschl stellt aber nicht die Frage nach den Konsequenzen der sich daraus ergebenden strukturellen Umwälzungen für diejenigen AkteurInnen, die diesen Eliten antagonistisch gegenüberstehen.

Was bedeutet es für die Dynamik und Strategie Sozialer Bewegungen, wenn Politiken nicht durch Einbindung und Konsens durchgesetzt werden, sondern vielmehr durch die Immunsierung des politischen Systems gegenüber demokratischen Prozessen? Wie begegnen Soziale Bewegungen Eliten, die die Voraussetzungen zum Erhalt ihrer Stellung in Verfassungstext gießen, der sich dann als scheinbar unüberwindbares Bollwerk neoliberaler Dominanz präsentiert?

Dieser Beitrag geht dem Verhältnis von erodierter liberaler Demokratie, Autoritarismus und *Juristokratie* nach. Er stellt gleichzeitig die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Politik und leitet aus einer Untersuchung des Beispiels der StudentInnen- und SchülerInnenbewegung in Chile Implikationen für mögliche Strategien Sozialer Bewegungen ab. Damit wird an Hirschl angeknüpft, sein Konzept aber mit der Sozialbewegungsforschung verwoben und dessen Verengung auf Eliten unter Zuhilfenahme von Poulantzas hegemonietheoretischen Überlegungen aufgebrochen.¹

¹ Der Beitrag schließt außerdem an Arbeiten von Wolfram Schaffar (2007, 2011) an. Auch Ralph Guth (2012) verknüpft Hirschls Konzept der *Juristokratie* mit hegemonietheoretischen Überlegungen am Beispiel der Europäischen Union. Im von Wolfram Schaffar geleiteten Forschungsprojekt mit dem Titel „Der Verfassungsprozess in Thailand aus der Perspektive sozialer Bewegungen“ sind Fabian Unterberger und Ralph Guth als Wissenschaftliche Mitarbeiter tätig. Das Projekt wird finanziert aus Fördergeldern des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer: 14710).

Die noch junge Demokratie in Chile erbt die Verfassung Pinochets, der damit nicht nur der von ihm 1973 geputschten demokratischen Regierung Allendes den Todesstoß versetzte, sondern auch die Regierungen nach ihm auf Nachlassverwalter seines autoritären, neoliberal umgebauten Chiles reduzierte. Die Transition Chiles von der Autokratie Pinochets zur Juristokratie der Post-Pinochet-Ära trifft aber heute auf eine völlig neue Variante von Verfassungsbewegungen, die sich aus sozialen Verwerfungen und der Notwendigkeit sozialer Transformation herleitet: den *nuevo constitucionalismo*. Diese aus den Verfassungsprojekten der neuen Linken in Venezuela (1998), Ecuador (2007–2008) und Bolivien (2006–2009) abgeleitete Tendenz entwickelt auch in Chile eine große Attraktivität für Soziale Bewegungen, die sich damit gegen die *Juristokratie* stemmen und ihrem Ruf nach wahrer Demokratie Ausdruck verleihen.

2. New Constitutionalism, Juristokratie und Pinochets Erbe

Als Synonym für die Durchsetzung transnationaler Hegemonie global agierenden Kapitals wurde der Begriff „new constitutionalism“ von Stephen Gill (1995, 1998) erstmals in der Global-governance-Debatte verwendet. Gill fasst damit „all diejenigen politisch-institutionellen und regulativen Arrangements [...], die darauf abzielen, eine regionale oder globale Markterfassung zu etablieren, die sich in erster Linie an den Interessen und Bedürfnissen des transnational operierenden Kapitals orientiert“. (Bieling 2007a: 165). Diese Neuordnung globaler Kräfteverhältnisse unter den Vorzeichen des Neoliberalismus realisiert sich über den Nationalstaat als Transmissionsriemen: „The state becomes a transmission belt from the global to the national economy, where heretofore it had acted as the bulwark defending domestic welfare from external disturbances.“ (Cox 1992: 31) Die Durchsetzung dieses von ihm „disciplinary neoliberalism“ genannten Projektes (Gill 1995: 411) bedeutet für Nationalstaaten eine tief greifende Umwälzung ihrer Institutionen, Strukturen und sozialen Zusammensetzung. Das wiederum produziert eine wachsende Spannung zwischen globalem bzw. universalem Anspruch der Gültigkeit von Kapitalinteressen und der gleichzeitigen Partikularität der Legitimität seiner ihm zugrunde liegenden Reproduktion auf nationalstaatlicher Basis (Gill 1995: 422). Die Exekutiven greifen daher in immer stärkerem Ausmaß auf eine Durchbrechung formaldemokratischer Strukturen zurück und setzen das Projekt der ökonomischen

Liberalisierung auch gegen Widerstände der eigenen Bevölkerung durch. Widerstände, die aus ebendieser Politik erwachsen: aus steigendem Druck auf Löhne und Beschäftigungsverhältnisse, der Deregulierung und Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Sicherung und der vielfältigen Ernährungs- und Gesundheitsrisiken infolge der ökologischen Krise (Bieling 2007b: 156).

Konsequenterweise erodiert so der liberal-demokratische Konsens; Regierungen und zunehmend „die Politik“ finden sich in einer Legitimitätskrise wieder. Sie beginnen nun ein umfassendes Rekonfigurationsprojekt staatlicher Regulierungsinstanzen, das darauf abzielt, die ökonomische Liberalisierung gegen demokratische Einflussnahme zu immunisieren. „In effect, new constitutionalism confers privileged rights of citizenship and representation on corporate capital, whilst constraining the democratisation process that has involved struggles for representation for hundreds of years.“ (Gill 1995: 412)

Den nationalstaatlichen Rahmen des *disciplinary neoliberalism* konstruieren damit institutionelle und Verfassungsreformen, „especially with respect to judicial independence and review and the definition and protection of property rights – both social and private“ (Gill 2000: 12). Gill streift die Übersetzung des Projekts des *disciplinary neoliberalism* auf nationalstaatliche Ebene aber lediglich. Mehr Aufmerksamkeit widmet ihr Ran Hirschl (2000, 2001, 2004), der im Kontext der rechtswissenschaftlichen Debatte um *new constitutionalism* an Gill anschließt. Hirschl (2004) bezeichnet den Transfer von Macht von repräsentativen politischen Organen hin zur Judikative und die verfassungsförmige Einschreibung neoliberaler Politiken im Ergebnis als *Juristokratie*.

Juristokratie bezeichnet nach Hirschl „a conscious strategy undertaken by threatened political elites seeking to preserve or enhance their hegemony by insulating policy making from popular political pressures, and supported by economic and judicial elites with compatible interests“ (ebd.: 105). Die Bedrohung dieser „threatened political elites“ rührt ebendaher, dass deren Politiken Widerstände provozieren und in der Regel nicht mit breiter Zustimmung rechnen können. Dadurch vernutzt sich die Legitimität der politischen Eliten und ihrer RepräsentantInnen zusehends – mit dem Grad der unpopulären Durchsetzung der ökonomischen Liberalisierung steigen die politischen Kosten, und das System der Repräsentanz wird brüchig und instabil. In einer solchen Lage erscheint die Kompetenzübertragung von legislativen Strukturen auf

die Judikative (Höchst- oder Verfassungsgerichte) in zweierlei Hinsicht attraktiv: Zum einen werden die Kosten der Durchsetzung unbeliebter Politiken für die politischen Eliten minimiert – es sind nunmehr die Gerichte, die das letzte Wort zu sprechen haben und damit auch die Verantwortung tragen. Zum anderen gewährt die Kompetenzübertragung an in der Öffentlichkeit als objektiv, unparteiisch und professionell wahrgenommene Gerichte einen Aufschub der Legitimitätskrise der politischen Repräsentanz (Hirschl 2004: 84). In politisch instabilen Zeiten garantiert die Verrechtlichung von Herrschaftspolitiken scheinbar deren Persistenz: „Most constitutional catalogues of rights place boundaries on government action and protect the private sphere (human and economic) from unjustified state intervention.“ (Hirschl 2004: 94) Dieser Legimitätsvorschuss währt freilich nur so lange, bis auch die Gerichte vermehrt unpopuläre Entscheidungen treffen: „the unprecedented judicialization of politics also brought about a gradual politicization of the law and hence unintentionally planted the seeds of a long-term erosion of the judiciary’s legitimacy, as well of the ruling elite’s future institutional room for political maneuvering“ (Hirschl 2000: 125).

Gill (1995: 429) verweist in Hinblick auf den autoritären Charakter des *new constitutionalism* exemplarisch auf Chile, das als Versuchslabor neoliberaler Politiken zahlreiche aktuelle Entwicklungen vorwegnahm. Heute, 22 Jahre nach dem Ende der Diktatur, überwiegen hinsichtlich der Ära Pinochet bzw. der Militärjunta immer noch die Kontinuitäten gegenüber den Brüchen. Die Verfassung von 1980, in welche die Junta die Grundsätze ihres neoliberalen Umbaus Chiles einschrieb, ist in veränderter Form immer noch gültig und setzte der jungen Demokratie seither klare Grenzen (Olavarria 2003: 11). Das Militär gilt darin als „Wächter der Republik“, bis 2006 wurden neun der 48 Senatoren von Präsident, Militär und Oberstem Gerichtshof ernannt. Angesichts eines steigenden externen Drucks zur Übergabe der Regierung an zivile Kräfte sollte die Verfassung die Vorstellungen der Junta in ewig gültige Maßstäbe für zukünftige Politiken gießen. Pinochets Grundsätze des Apolitischen – seine Antwort auf die von der Junta als „Parteiendiktatur“ bezeichnete Vergangenheit Chiles –, der technokratischen Effizienz, des Antikommunismus und ökonomischen Liberalismus sollten noch lange über dessen Regime hinaus bestimmend bleiben (Couso 2008: 137). Zu diesem Zweck schuf die Junta das Verfassungstribunal, das die Verfassungskonformität zukünftiger Gesetze zu über-

wachen haben würde: „[...] the intent was to rectify earlier points of institutional weakness and to contain democracy within effective constitutional limits. [...] Democracy was to be circumscribed within clear constitutional boundaries and protected by various layers of checks and reinforced organs of legal and constitutional control“ (Barros 2001: 19). Die Annahme der von der Militärjunta diktierten Verfassung durch die Kräfte der Transition – die *Concertación de Partidos*² – bedeutete damit trotz des 1988 gewonnenen Referendums gegen eine weitere Amtszeit Pinochets die Fortsetzung seiner autoritär- neoliberalen Politik – mit Hirschl also eine Transition von der *Autokratie* zur *Juristokratie*. Nicht selten scheiterte der Versuch grundlegender Reformen an ebendieser Verfassung, wie hier für den Bereich der Bildungspolitik gezeigt werden wird.

Die Verfassung Chiles beruht auf den Prinzipien der subsidiären Rolle des Staates und der Priorisierung des Marktmechanismus zur Einlösung verfassungsgemäßer sozialer Rechte wie dem Recht auf Bildung (Redondo 2007: 24ff). Abgeleitet aus der Verfassung wurden diese Mechanismen nur zwei Tage vor der Machtübergabe mittels eines Verfassungsgesetzes – dem *Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza* (LOCE, Übers.: *Bildungsverfassungsgesetz*) – vom Regime festgeschrieben (Mizala/Romaguera 1998: 1). Das darauf basierende Bildungssystem war damit verfassungsgemäß geschützt und in einem bedeutenden Ausmaß gegen Reformen immunisiert. Vererbt wurden also diejenigen Strukturen, die Pinochet 1981 mit der Zerschlagung des staatlichen Bildungssystems geschaffen hatte: 1. ein dezentralisiertes (munizipalisiertes) Bildungswesen, 2. eine Subventionsvergabe, die sich am Wettbewerb der Einrichtungen um KundInnen orientiert und 3. Benchmarking-Kriterien, die den Wettbewerb der Bildungseinrichtungen untereinander objektivieren sollen (Mizala 2007: 5). Das LOCE verstand „freie Bildung“ als „freien Bildungsmarkt“. Es verpflichtete den Staat zwar dazu, auch einen kostenlosen Bildungssektor zu garantieren, für die Qualität dieser Bildung wurden aber keine Standards definiert.

Der private Bildungsmarkt wurde dagegen völlig entgrenzt. Artikel 23 und 32 des LOCE schrieben die

Voraussetzungen für die Zulassung einer Bildungseinrichtung fest. Jede Person mit mittlerem Schulabschluss und dem nötigen Kapital konnte dementsprechend in den Bildungsmarkt investieren, während der Staat einen großen Schritt zur Seite machte und die privaten Bildungseinrichtungen subventionierte. An diese flossen teilweise mehr staatliche Mittel als an öffentliche Schulen (Urtubia/Heyer 2006) – nachfrageorientiert ausgeschüttet gemäß dem marktradikalen *voucher-System*³ Milton Friedmans (1962) (Redondo 2007: 43; Carnoy 1998). Durch die Dezentralisierung des Bildungswesens (schon unter Pinochet) und das freie Spiel der Marktkräfte entstand so ein zwischen schlechten öffentlichen und guten privaten Einrichtungen polarisiertes System, das die Reproduktion der sozialen Ungleichheit sicherstellte (Mizala/Romaguera 1998: 10). Im dreigliedrigen Schulwesen (erstens kostenlose munizipale Schulen, zweitens teilsubventionierte und beitragspflichtige private Schulen und drittens private kostenpflichtige Schulen) stagniert der öffentliche Sektor der munizipalen Schulen seit 1990, während die beitragspflichtigen privaten Schulen sich nahezu verdoppelt haben (Redondo 2007: 51). Verbunden mit einem derart polarisierten Bildungssystem ist eine extrem ungleiche Verteilung der Aufstiegschancen, die sich im wesentlich schlechteren Abschneiden der munizipalen SchulabgängerInnen gegenüber denen von teilsubventionierten und privaten Schulen bei den Aufnahmetest zu den Universitäten (*PSU – Prueba Selección Universitaria*) zeigt (Müller-Plantenberg 2008: 126; Fernández Bolvarán 2012).

Bildung stand in Chile schon immer im Zentrum hegemonialer Kämpfe. Wie schon die Regierung der *Frente Popular* 1938 proklamierte: *Gobernar es educar!* (Regieren heißt Bilden (Erziehen)!) Ziel der Junta nach dem Putsch vom 11. September 1973 war es nun, öffentliche Bildung als Scharnier sozialer Mobilität zurückzudrängen. Mit der Verfassung von 1980 und dem am 9. März 1990 dekretierten LOCE sollte die Neuordnung des Bildungssektors, die qualitative Bildung zu einem Privileg der Elite machte, dauerhaft abgesichert werden. Mit Hirschl wird sichtbar, dass diese rechtliche Zementierung des Status quo der Strategie von „three-

2 Ein Bündnis aus im Wesentlichen vier Links- bis Zentrumsparteien (*Demócrata Cristiano*, *Por la Democracia*, *Radical Social Demócrata* und *Partido Socialista*), die im Referendum gemeinsam gegen eine weitere Amtszeit Pinochets eintraten und in den Wahlen anschließend einen gemeinsamen Kandidaten präsentierten.

3 Der Staat finanziert dabei Bildungseinrichtungen nur indirekt über deren KundInnen, um welche die Einrichtungen am Markt konkurrieren. Pro SchülerIn/StudentIn vergibt der Staat eine bestimmte Finanzierungssumme, private Schulen heben zusätzliche Gebühren von den KundInnen ein. Für die sozialen Konsequenzen dieses Systems in Chile siehe Carnoy 1998.

atened political elites“ entspricht, die im Bündnis mit anderen Eliten (ökonomischen und juristischen) eine Insulierung ihrer Politiken gegenüber antagonistischen Kräften suchen: „The changes that emerge reflect a combination of the policy preferences and professional interests of these groups.“ (Hirschl 2004: 98)

Diese Verrechtlichung von Herrschaftspolitiken geschieht in deren Interesse. Angesichts eines steigenden internen und externen Drucks auf die Militärjunta immunisiert diese ihre Politiken im Zuge der Demokratisierung gegen eine mögliche Bedrohung durch demokratische Kräfte. Diese Prozesse als bloße Reflektion von Eliteninteresse zu begreifen würde aber bedeuten, dass die jeweilig historische Ausgestaltung von Staatlichkeit sich als eindimensionales Abbild von Eliteninteressen präsentiert. Mit Poulantzas (1978/2002: 157) könnte behauptet werden, man bekäme damit nur hegemoniale Kämpfe innerhalb des „Blocks an der Macht“⁴ in den Blick. Soziale Bewegungen kommen bei Hirschl hingegen nur als *Stimmen aus dem Off* vor, als eben *die* „Bedrohung“, die die Eliten dann zur Verrechtlichung ihrer Politiken greifen lässt, die Hirschl mit *new constitutionalism* beschreibt. Der Staat wird dabei als Staat der Eliten verstanden, was er in dem Sinne, dass er die Hegemonie der herrschenden Klassen organisiert, auch ist. Mit Poulantzas wird aber klar, dass der Charakter des Staates darüber weit hinausgeht: „Der Staat ist kein monolithischer Block, sondern ein strategisches Feld“ (ebd.: 170). Er ist genauer „die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“ (ebd.: 159). Diese spezifische Form konstituiert sich v. a. durch die Gewichtung der unterschiedlichen Staatsapparate in ihrem Verhältnis relativer Autonomie zueinander. „Die inneren Spaltungen des Staates, die konkrete Funktionsweise seiner Autonomie und die Etablierung seiner Politik über die ihn kennzeichnenden Einschnitte hindurch lassen sich nicht auf die Widersprüche innerhalb der Klassen und Fraktionen des Blocks an der Macht reduzieren: Sie hängen ebenfalls, und zwar hauptsächlich von der Rolle des Staates in Bezug auf die beherrschten Klassen ab.“ (Ebd.: 171)

4 Poulantzas formuliert das Konzept des „Blocks an der Macht, der sich aus den verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Klasse zusammensetzt (denn die Bourgeoisie ist in Klassenfraktionen gespalten), und an dem hin und wieder die herrschenden Klassen anderer, in der kapitalistischen Gesellschaftsformation vorhandenen Produktionsweisen partizipieren“ (Poulantzas 1978/2002: 158).

Die Kämpfe dieser beherrschten Klassen schreiben sich in die Struktur des Staates ein, formen diesen mit und entfalten ihre Materialität in dessen Apparaten. Es gilt daher, sich diese Kämpfe genau anzusehen, um die Komplexität der Verschiebungen innerhalb der Kräfteverhältnisse und damit auch mögliche Perspektiven der Emanzipation in den Blick zu bekommen. Eine solche rückt mit Hirschls Verengung auf Eliteninteressen aber aus der Wahrnehmung. Sie leitet sich vielmehr aus den Erfahrungen der Volkskämpfe und deren gegenhegemonialer Strategien her. Es gilt im Folgenden also, die Strategien und Optionen Sozialer Bewegungen zu beleuchten, die sich mit der Abschließung formaldemokratischer Strukturen im Rahmen des „new constitutionalism“ konfrontiert sehen. Im Fall Chiles erfolgte diese rechtliche Abschließung von Herrschaftsstrukturen paradoxerweise im Zuge einer Öffnung des politischen Systems, als Pinochet 1988 ein Referendum für eine weitere Amtszeit verloren hatte und Wahlen anberaumen musste. Dass die bis dahin verbotenen Parteien damit ab 1989 wieder legalisiert wurden, hinderte die scheidende Militärjunta aber nicht daran, ihre politischen Vorstellungen auf Dauer zu stellen, indem sie diese in Verfassungsrang hob.

3. Bildungsproteste in Chile: vom Protest über den Widerstand zur Offensive

Mit der Legalisierung der unter Pinochet verbotenen Parteien (von Links über Mitte-Links bis zu den Christdemokraten) ab 1989 traten allerdings auch AkteurInnen wieder in den Hintergrund, die gerade im Artikulationsvakuum infolge der Illegalität eine zentrale Rolle innehatten: die Sozialen Bewegungen. Die Volksküchenbewegung, die Bewegung der *economía popular*, die Indigenenbewegung der Mapuche, die Frauenbewegung oder die noch junge Umweltbewegung: Sie alle waren aus der Not und den Drangsalierungen der Diktatur erwachsen und „dann auch sehr stark daran beteiligt, im Jahre 1988 die Kampagne für das Nein gegen eine erneute Präsidentschaft Pinochets und für freie Wahlen im Jahre 1989 zum Sieg zu führen“ (Müller-Plantenberg 2008: 124). An einer Einbindung ihrer Agenden und Strukturen in die sich durch die Wahlen neu formierende Parteienlandschaft hatte dann aber keine der Parteien Interesse. Zu groß war die Sorge, die Militärs dadurch zu reizen und gerade erst errungene formaldemokratische Strukturen zu gefährden.

Da aber die ersten demokratisch gewählten Regierungen die neoliberale Politik der Junta fortsetzten,

sollten auch die Sozialen Bewegungen bald wieder als eigenständige AkteurInnen auftreten. Gerade der Bildungssektor geriet zusehends zum Aufmarschgebiet einer an Selbstbewusstsein erstarkenden SchülerInnen- und StudentInnenbewegung.

Was aber ist eigentlich eine Soziale Bewegung? Sidney Tarrow (1994/2001: 7) fasst als Soziale Bewegung „sequences of contentious politics based on underlying social networks, on resonant collective action frames, and on the capacity to maintain sustained challenges against powerful opponents“. Zur Debatte stehen die Reichweite und der Anspruch Sozialer Bewegungen hinsichtlich gesellschaftlicher Transformation. In der Bewegungsforschung wird das Phänomen der Sozialen Bewegung erstmals in der Moderne konstatiert. Erst im Zuge der Emanzipation von einer gottgegebenen Ordnung, des Wechsels vom Mythos zum Logos und der Wahrnehmung von Gesellschaft als etwas veränderbarem „[...] kann ein historisches Subjekt auftreten, das einen grundlegenden gesellschaftlichen Geltungsanspruch erhebt [...]“ (Rucht 1999: 16). Rucht unterscheidet zwischen den Bewegungen der historischen Moderne und denen der gegenwärtigen Moderne. Während Erstere sich durch Utopien und gesamtgesellschaftliche Projekte auszeichnen würden (AufklärerInnen und SozialistInnen), bestände „[d]ie typische Funktion Sozialer Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften [...] nicht länger in der Durchsetzung großer institutioneller Innovationen [...], sondern in der dauerhaften Einmischung in Politik“ (Rucht 1999: 19). Die wiederum zeichnet sich laut Rucht durch Single-Issue-Projekte und Kampagnenarbeit aus.

Den Charakterwechsel Sozialer Bewegungen in der Gegenwartsmoderne versucht auch das Konzept der „Neuen Sozialen Bewegungen“ (New Social Movements – NSM) zu fassen. Entwickelt im Versuch einer Analyse der 1968er-Bewegung und deren Leitmotive durch französische SoziologInnen (Alain Touraine) versteht es sich als Abgrenzung zu den „alten“ Sozialen Bewegungen, mithin der ArbeiterInnenbewegung. Die NSM drückt außerdem als sozialwissenschaftliches Paradigma einen *cultural turn* aus, „[...] die Gesellschaft sei komplexer geworden, die Frage der Werthaltungen keine Klassenfrage mehr“ (Fischer 2007: 197). „Indeed the labour movement was hardly seen as an ‚oppositional movement‘ anymore, after years of collaboration with the state, but instead, almost as part of it.“ (Davis 1999: 593) Nicht Utopien und umfassende Gesellschaftsentwürfe, son-

dern vielmehr Kämpfe um Einbindung von bestimmten Subjektpositionen und Werten in die bestehenden Verhältnisse würden damit die Agenda Neuer Sozialer Bewegungen bestimmen.

Viele der jüngeren Bewegungen Lateinamerikas wie etwa die *Frente Nacional de Resistencia Popular* in Honduras – die mittlerweile eine Partei ist – (Unterberger 2012: 196) oder die Bewegungen, die Evo Morales 2005 zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens gemacht haben, zeichnen sich aber gerade durch ein gesamtgesellschaftliches Projekt aus. Sie sind am besten als Amalgam vielfältiger Interessen und Subjektpositionen zu beschreiben, die sich in einem neuen Ganzen wie dem Konzept des *buen vivir* oder der *partizipativen Demokratie* artikulieren.

Gerade wenn die von Rucht formulierte „dauerhafte Einmischung in Politik“ an deren Insulierung scheitert, rückt die institutionelle Verfasstheit einer Gesellschaft auch für die sozialen Bewegungen wieder auf die Tagesordnung. In Chile lässt sich das anhand der Bildungsproteste illustrieren.

Nachdem 1995 der Brunner Bericht⁵ die schlechte Qualität der Bildung in Chile öffentlich gemacht hatte, wurde 1997 die Ganztagschule eingeführt, zusammen mit einem umfassenden Paket an Infrastrukturmaßnahmen und ergänzenden Angeboten wie Nachhilfe und LehrerInnenfortbildung. Das Ergebnis war allerdings ernüchternd, v. a. in den öffentlichen kommunalen Schulen. Wenig später wurden von der Nachfolgeregierung unter Präsident Lagos (PS, 2000–2006) neue Maßnahmen vorgeschlagen, die v. a. SchülerInnen aus armen Verhältnissen zugute kommen sollten. So etwa der Vorschlag, dass nicht mehr automatisch exmatrikuliert werden dürfe, wer den Studienbeitrag nicht fristgemäß bezahlen könne.

Dieses Gesetzespaket (Ley 19.979/2004) traf aber auf den harten Widerstand der Rechten, v. a. der *Alianza por Chile* (Allianz für Chile), die damit vor das Verfassungstribunal ging. Das Verfassungstribunal stellte dann tatsächlich die Verfassungswidrigkeit von zwei Artikeln des Gesetzes fest, darunter die Abschaffung der Exmatrikulation aus finanziellen Gründen. Die Reform wurde zwar insgesamt angenommen, ihre Ausrichtung an der

5 Abschlussbericht der Nationalen Kommission für die Modernisierung der Bildung mit dem Titel „Los desafíos de la Educación Chilena Frente al Siglo XXI“ („Die Herausforderungen an das chilenische Bildungssystem im 21. Jahrhundert“), einberufen von Präsident Frei Ruiz-Tagle.

neoliberalen Verfassung Chiles zeigt aber, dass an den grundlegenden Strukturen des Bildungssystems nicht zu rütteln ist und der (Markt-)Freiheit der Bildung der Vorrang gegenüber dem Recht auf Bildung gegeben wird: „Trotz dieser ganzen Anstrengungen hat sich die Qualität der Bildung nicht substantiell verbessert, genauso wenig die Unterschiede in den Bildungsergebnissen. Der Beweis dafür sind die Mobilisierungen der SchülerInnen der Sekundarstufe im Jahr 2006.“ (Mizala 2007: 21; Übers. FU).

Was im April 2006 als Protest gegen steigende Schulbustarife und Gebühren für Aufnahmeprüfungen begann, wuchs sich in den folgenden drei Wochen zu einer ernsthaften Herausforderung an die Regierung aus. Die in Anspielung auf die schwarz-weißen Schuluniformen als „Revolution der Pinguine“ bekannt gewordene SchülerInnenrevolte verlangte die Abschaffung des LOCE, qualitativ hochwertige Bildung und einen Staat, der Bildung als gesellschaftliche Verantwortung und nicht als Ware betrachtet. In Bezug auf die Rolle des Staates war die Bewegung allerdings gespalten in die, die sich eine Verstaatlichung der Bildungseinrichtungen wünschten (*estatas*), und die, die in der aktuellen Struktur lediglich die regulative Rolle des Staates stärken wollten (*estatas regulacionistas*) (Gómez Leyton 2006: 115).

Präsidentin Michelle Bachelet (PRSD, 2006–2010) goss zusätzliches Öl ins Feuer, indem sie die protestierenden SchülerInnen in ihrer Rede an die Nation nicht erwähnte. Diese besetzten daraufhin 22 Schulen, 14 wurden bestreikt. Die Mobilisierung zigtausender SchülerInnen auf den Straßen kulminierte am 30. Mai in einem landesweiten Streik, an dem sich etwa 800.000 SchülerInnen und SympathisantInnen beteiligten (Müller-Plantenberg 2008: 127). Bachelet, die mit dem Versprechen eines neuen Stils partizipativer Demokratie angetreten war (Vogler 2007), sah sich schon bald überfordert mit der in *asambleas* (Versammlungen) organisierten SchülerInnenbewegung, die tatsächlich neue Formen der Demokratie entdeckte und lebte. Dem Streik am 30. Mai wurde mit einer Polizeigewalt begegnet, die nur aus den Jahren der Diktatur bekannt war: „Das polizeiliche Vorgehen war – auch gegen Leute aus den Medien – von einer derartigen Brutalität, dass Osvaldo Jara, der Präfeld der polizeilichen Spezialkräfte, seinen Hut nehmen musste.“ (Ebd.)

Nach der Eskalation der Proteste machte Bachelet ein Angebot, das von der Bewegung erst abgelehnt, mit abnehmender Dynamik der Proteste dann aber

doch angenommen wurde: Neben verschiedenen Unterstützungsprogrammen versprach sie die Reform des LOCE und die Einsetzung einer „Rates für Qualität der Bildung“. 2009 löste das *Ley General de Educación* (Allgemeines Bildungsgesetz) das LOCE ab. Das LGE brachte schärfere Bestimmungen für private Bildungseinrichtungen und Veränderungen in Bezug auf die Schulstufen, ansonsten aber kaum signifikant Neues. Für den Hochschulsektor, der zu den teuersten Lateinamerikas gehört (McSherry/Molina Mejía 2011: 31), wurden die Artikel des LOCE schlicht übernommen.⁶ Nachdem die SchülerInnenproteste mit dem Versprechen der Reform des LOCE erst unter Kontrolle gebracht werden konnten, provozierte das LGE als Ergebnis dieser Reform erneut Unverständnis und Wut: Rodrigo Cornejo von der Beobachtungsstelle für Bildungspolitik an der *Universidad de Chile* resümierte: „Mit diesem Gesetz wird keines der für die Bildungskrise ursächlichen Elemente überwunden. Die Bildung bleibt in Geiselhaft der UnternehmerInnen. Dieses Gesetz berührt nicht das Finanzierungsmodell, noch die Administration der kommunalen Bildungsstruktur oder der subventionierten privaten Bildungseinrichtungen in Chile.“ (Estrada 2009, Übers. FU)

Im Frühjahr 2011 brach sich der Unmut erneut Bahn. Mittlerweile war erstmals seit dem Abtreten Pinochets eine konservative Regierung gewählt worden, mit der eine Reform des Bildungssystems in weite Ferne gerückt war.⁷ Nach der Enttäuschung durch Bachelet lag die Initiative nun wieder auf der Straße. Unter denjenigen, die 2011 für die größten Proteste der jüngeren Geschichte Chiles sorgen sollten, waren nicht wenige der SchülerInnen, die 2006 mit großen Hoffnungen für die Zukunft ihres Landes auf die Straße gingen: „And they learned the price of negotiations without a future, the importance of control of the spokespersons by the assembly of students and the strength of self-organization.“ (Ebd.)

Einer großen Demonstration am 28. April folgte bald der erste nationale Bildungsstreik der Geschichte des Landes am 12. Mai (Gaudichaud 2011). Die SchülerInnen und StudentInnen bedienten sich eines Slogans der Bewegung gegen Pinochet von 1988:

6 <http://www.leychile.cl/Navegar?idNorma=1006043&idVersion=2009-09-12> [23.08.2012]

7 Seit März 2010 regiert mit Präsident Sebastián Piñera erstmals seit der Transition ein Kandidat der pinochettreuen Parteienallianz *Renovación Nacional*.

„Er wird fallen!“ Während der vielfältigen Proteste in Form von Demonstrationen, Straßenblockaden, Tanz- und Theateraktionen wie der Inszenierung von Michael Jacksons „Thriller“ bis hin zu Hungerstreiks war dieser Spruch in adaptierter Form ein ständiger Begleiter: „Sie wird fallen, sie wird fallen, die Bildung von Pinochet!“ (Wadi 2011)

Auf den Bildungsstreik am 12. Mai folgten weitere Mobilisierungen: Am 30. Juni verlangten 200.000 DemonstrantInnen in Santiago de Chile und eine halbe Million im ganzen Land einmal mehr kostenlose und qualitative Bildung, die föderale Kontrolle der kommunalen Schulen und das Ende des markt-basierten Bildungssystems (McSherry, Molina Mejía 2011: 30). Zwar konnte im Juli Bildungsminister Lavín zum Rücktritt gezwungen werden, der selbst in den Bildungsmarkt investiert hatte und von dem gegenwärtigen Modell profitierte. Auf die Forderungen der DemonstrantInnen ging die Regierung aber nicht ein.

Mittlerweile hatte sich im Mai eine vielschichtige Plattform der Sozialen Bewegungen mit dem Namen *Movimiento Amplio de Izquierda* (MAIZ) – Breites Bewegungsbündnis der Linken – gegründet, in welchem Gewerkschafts- und UmweltaktivistInnen, StudentInnen und Menschenrechtsgruppen sowie Intellektuelle und Stadtteilkomitees ihre Kräfte bündelten und in über zwanzig Arbeitsgruppen ein sozial gerechtes Chile zu skizzieren begannen. Trotz der Vielfalt ihrer jeweiligen Kämpfe einigte die BündnispartnerInnen v. a. eines: der Ruf nach (wahrer) Demokratie, der sich in der Losung einer verfassungsgebenden Versammlung artikulierte (Punto Final 2011). Auch die Studierendenbewegung begann, ihre bildungspolitischen Forderungen in einen Verfassungsdiskurs einzubetten.

Nachdem die Regierung auf eine Demonstration mit 500.000 TeilnehmerInnen in Santiago de Chile am 9. August nicht reagiert hatte, schrieb Camila Vallejo, Vorsitzende der Studierendenvereinigung der Universität von Chile (FECH) und Sprecherin des Verbands der Studierenden Chiles (CONFECH), einen Brief an Präsident Piñera. Die mittlerweile zum Star der Bewegung avancierte 22-jährige Aktivistin des Jugendverbandes der Kommunistischen Partei Chiles verlangte vom Präsidenten ein verfassungsgemäß garantiertes Recht auf Bildung und die Nationalisierung des Bildungssystems (Wadi 2011). Piñera reagierte in einer Fernsehansprache mit dem Projekt des *Gran Acuerdo Nacional por la Educación* (GANE), das die Einrichtung eines jährlichen Bildungsfonds,

zusätzliche Stipendien und die Absenkung der StudentInnenkredite beinhaltete.⁸ Sein Plan traf auf wenig Gegenliebe: Sämtliche Vorschläge wurden von den Gremien der Bewegung zurückgewiesen. Auch ein zweiter Versuch des Präsidenten, mit Reformvorschlägen auf die Bewegung zuzugehen, prallte an deren Insistieren auf einer Nationalisierung des Bildungssystems ab (Wadi 2011). Mehr noch: Die Studierenden dehnten ihre Forderungen aus und verlangten nun auch die Renationalisierung natürlicher Ressourcen wie Kupfer sowie eine Steuerreform, um damit soziale Ausgaben wie Bildung zu finanzieren (Zibechi 2012). Die Bewegung, die mittlerweile an breiter Sympathie in der Bevölkerung und zahlreiche BündnispartnerInnen gewonnen hatte, begann, diese Partnerschaften zu vertiefen – mit Erfolg: Am 24. August rief der Gewerkschaftsdachverband *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT) zum Generalstreik. Dessen Forderungen: kostenlose und qualitative Bildung, kostenlose Gesundheitsversorgung, ein neues Arbeitsrecht und – als notwendige Voraussetzung zur Einlösung der einzelnen Forderungen – eine neue Verfassung (CSA 2011). Die Konvergenz der Forderungen der Sozialen Bewegungen verweist dabei auf deren Zusammenrücken um den gemeinsamen Ruf nach einer verfassungsgebenden Versammlung und (wahrer) Demokratie.

Die massenhafte Befolgung des Streikaufrufs der CUT drückte die tiefe Unzufriedenheit der lohnabhängigen Sektoren der chilenischen Gesellschaft aus, auf die die Regierung aber mit harter Repression reagierte: Tränengas und Gummigeschosse gegen DemonstrantInnen, Verhaftungen von AktivistInnen, die anschließend von Folter berichteten, und schlussendlich der Tod des 16-jährigen Manuel Gutiérrez durch eine Polizeikugel (Figueroa Clarck: 2011).

In diesem Klima der Eskalation fanden ab dem 8. September Diskussionen über Verhandlungen statt. Dabei wurden aber die Bedingungen der Gegenseite jeweils ausgeschlagen, zu tief war der Graben zwischen der Regierung, die unter allen Umständen am markt-basierten Bildungssystem festhielt, und der Bewegung, die genau darin den Ursprung der Problematik im Bildungsbereich (soziale Polarisierung, ungleiche Chancenverteilung, Misswirtschaft und private Berei-

8 Die Rede ist online verfügbar unter: <http://www.gob.cl/destacados/2011/07/05/cadena-nacional-de-radio-y-television-presidente-pinera-anuncio-gran-acuerdo-nacional-por-la-educacion.htm> [10.05.2012]

cherung) erkannt hatte. Im Herbst kam es zu neuen Mobilisierungen, mit deutlich geringerer, allerdings immer noch außergewöhnlicher Stärke: 180.000 Menschen beteiligten sich an einem Aktionstag am 22. September in Santiago de Chile (Gaudichaud 2011).

Nichtsdestotrotz offenbarte sich nach einem halben Jahr intensiver Proteste eine Erschöpfung der Mobilisierungskraft. Camila Vallejo zog kritisch Bilanz: „Trotz ihrer Stärke und Vielfalt und der mehr als 80 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung, die die Bewegung 2011 für ihre Forderungen bekommen hat, ist es innerhalb der Grenzen unseres politischen Systems, das ja aus der Militärdiktatur gewachsen ist, schwierig, die strukturellen und grundlegenden Forderungen umzusetzen.“ (LAN 2012: 11)

Angesichts dieser Rigidität der Strukturen (Mizala 2007: 3) beschränkten sich die Regierungen der *Concertación* auf die Administration des Bestehenden, grundlegende Veränderungen blieben aus. Während das System des Bildungsmarktes selbst durch Artikel 19 Nr. 11 der Verfassung geschützt ist,⁹ versucht die Regierung ihre Politik durch Einbindung der betroffenen Akteure zu legitimieren. In Reaktion auf die „Revolution der Pinguine“ berief Bachelet einen *Präsidentiellen Beratungsrat für Bildung* (*Consejo Asesor Presidencial de la Educación*) ein. Die Umsetzung der Vorschläge dieses Rates entzog sich dann aber dessen Reichweite, eine versprochene tief greifende Reform blieb aus.

Genau die forderte aber die StudentInnen- und SchülerInnenbewegung, sowie als Voraussetzung einer solchen eine neue Verfassung: „Wir hatten in Chile 17 Jahre eine Militärdiktatur, die das neoliberale Modell eingeführt und gefestigt hat. Deswegen müssen wir unsere Verfassung erneuern, die noch aus der Militärdiktatur stammt.“ (Camila Valleja in LAN 2012) Immer größere Teile der chilenischen Öffentlichkeit schlossen sich dem Ruf nach dem Sturz der Verfassung Pinochets an. Die chilenische Politologin Montserrat Nicolás erinnert sich: „Jedes Mal, wenn eine Reform innerhalb der ökonomischen Strukturen vorgeschlagen wurde, wurde diese als Verfassungsbruch bewertet, da sie die Präsenz des Staates verstärken würde. Wenn Probleme im Gesundheitsbereich, der Bildung oder

9 „Die Freiheit der Bildung beinhaltet das Recht, Bildungseinrichtungen zu eröffnen, zu organisieren und zu erhalten. Die Freiheit der Bildung hat keine Grenzen außer denen der Moral, der guten Sitten, der politischen Ordnung und der nationalen Sicherheit“ (Art. 19 Nr. 11 Verfassung Chiles, Übers FU). Online verfügbar unter: <http://www.leychile.cl/Navegar?idNorma=242302> [10.05.2012]

bei den Minen auftauchen, endet es immer darin, dass es notwendig wäre, die Verfassung zu reformieren.“ (Hernández 2011, Übers. FU)

Der Generalstreik am 25. August, der auch die Forderung nach einer neuen Verfassung artikulierte, lässt Massardo (2011) gar den Keim eines neuen historischen Blocks¹⁰ ausmachen: „Die Einheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen und zwischen ihnen und anderen Schichten der Bevölkerung gewinnt an Stärke und konstruiert eine zivile Hegemonie, die immer mehr die Form eines neuen historischen Blocks annimmt.“ Tatsächlich gewinnt die Idee einer neuen konstituierenden Macht im Zuge der Proteste 2011 an Kontur, und mit ihr das Bewusstsein über die Herausforderungen, die damit verbunden sind. „Die verfassungsgebende Versammlung ist eine Vision, und keine konkrete und akute Forderung. Sie als Forderung zu formulieren ist eine politische Frage, und wir wissen, dass, wenn wir sie jetzt als solche artikulieren würden, es dieselben wie immer wären, die an ihr partizipieren und die neue Verfassung diktieren würden. Das wäre so, weil die Bevölkerung, die soziale Basis, in dieser Sache noch nicht stark genug ist. Um sie als Vision zu realisieren, gilt es erst eine sehr wichtige Herausforderung zu meistern: konstituierende Macht zu generieren.“ (Jara Román: 2011, Übers. FU)

4. Von der Gegenhegemonie zum historischen Block: *Nuevo Constitucionalismo*

Auch einige PolitikerInnen haben die Losung der Verfassungsreform mittlerweile aufgenommen. Sie wollen diese aber durch das Parlament erarbeiten und verabschieden lassen, während die Bewegung auf der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung insistiert (Völpel 2012). Dass es nicht gleichgültig ist, ob eine solche neue Verfassung im Parlament oder in einer aus sozialen Mobilisierungen entstandenen verfassungsgebenden Versammlung entworfen wird, verweist wiederum auf den Widerspruch zwischen konstituierter Macht und konstituierender Macht. Die konstituierende Macht (Bewegung) hat die Überwindung der konstituierten Macht (Institutionen) zur Voraussetzung, um einen Erneuerungsprozess einleiten zu können. Während die konstituierte Macht die

10 Der „historische Block“ ist ein Konzept Antonio Gramscis (GH 8, § 182), das das komplexe Ensemble von Struktur und Superstruktur, also von Produktionsverhältnissen und Staat/Politik, meint.

bestehenden Verhältnisse auf Dauer stellt (Verfassung als Verfasstheit), fordert die konstituierende Macht ebendiese heraus (Verfassung als Prozess und Bruch):

„To speak of constituent power is to speak of democracy“, meint deshalb Negri (1992/1999: 2). Er geht aber noch darüber hinaus, wenn er die konstituierende Macht als den Kern aller Revolutionen herausstellt (ebd.: 3). Mit den Umbruchmomenten und Prozessen demokratischer Erneuerung in Venezuela 1998, Ecuador 2007–2008 und schließlich auch Bolivien 2006–2009, die den Moment des Bruchs mit neoliberalen Verhältnissen und autoritären politischen Strukturen in neue Verfassungsprojekte einschrieben, hat sich in Lateinamerika eine Tendenz herausgebildet, die mittlerweile als „nuevo constitucionalismo“¹¹ auch in politikwissenschaftliche Debatten Eingang gefunden hat.

Damit erfährt das Konzept der Verfassung eine bedeutende Aufwertung, nachdem „in der letzten Zeit eine defizitäre Regeneration von Verfassungen [beobachtbar war], ausgedrückt in einer fehlenden Annäherung von politischen und sozialen Positionen in der Verfassung, die damit immer weniger als sozialer Pakt betrachtet wird, sondern immer mehr als ein zentrales Herrschaftsinstrument im Dienste bestimmter Institutionen und sozioökonomischer Entwicklungsmodelle.“ (Martínez Dalmau 2008: 20, Übers FU)

Diese Beobachtung trifft ebenso auf Chile zu und beschreibt überdies die Problematik, die Hirschl (2000: 125, vgl. auch Gill 1995: 412) Sorge über die zunehmende Verrechtlichung von Politik zugrunde liegt: Mit der Politikübertragung an die Judikative „regiert“ diese nun gegen den Mehrheitswillen und trifft unpopuläre Entscheidungen. Sie vernutzt ihre Legitimität also ihrerseits, indem sie sich für die Durchsetzung unpopulärer und demokratisch nicht legitimierter Politiken anbietet. Der Nutzen für die Eliten insgesamt ist damit ein zeitlich begrenzter und hält nur so lange an, bis die ehemals als objektiv und professionell geltende Judikative in der Öffentlichkeit mit den Interessen der politischen und ökonomischen Eliten identifiziert wird.

¹¹ Ein Konzept, das mit dem des *new constitutionalism* erst mal trotz der Namensgleichheit nichts zu tun hat. Da hier aber nicht die Analyse der Charakteristika des *nuevo constitucionalismo*, sondern dessen Demonstrationseffekt in Chile im Zentrum steht, sei für einen Überblick über den *nuevo constitucionalismo* verwiesen auf: Martínez Dalmau (2008); Martínez Dalmau/Viciano (2010); Gargarella/Courtis (2009).

Der *nuevo constitucionalismo* stellt dazu gewissermaßen die Antithese dar: Er schöpft seine Legitimität gerade aus der *demokratischen Kontrolle*. Bisherige Theorien konnten laut Azzellini (2010) diese Prozesse nicht fassen, es bestehe lediglich eine Theorie der konstituierten, aber keine Theorie der konstituierenden Macht. „Um aber diese enorme Kraft der konstituierenden Macht freizusetzen, als gesellschaftlichen Motor nutzen zu können, muss sie als eine konstituierende Macht gedacht werden, die nicht Verfassungen produziert, die ihr extern sind, sondern sich in einem kollektiven Prozess ständig selbst verfasst.“ (Ebd. 137) Damit tritt sie in einen permanenten Konflikt mit der konstituierten Macht und dem Konstitutionalismus. Die Legitimität der konstituierenden Macht stellt sich durch deren demokratischen Charakter her, sie verliert diese Legitimität, wenn sich die von ihr produzierten Resultate der konstituierten Macht von der demokratischen Kontrolle entfernen.

Die Adaption der Losung der *constituyente* (Verfassungsgebende Versammlung bzw. konstituierende Macht) in Chile ist daher kein Zufall, sondern leitet sich aus dem Demonstrationseffekt her, den der *nuevo constitucionalismo* Venezuelas, Ecuadors und Boliviens gegenüber den Sozialen Bewegungen Lateinamerikas entfaltet, indem er Fragen der Demokratie und Legitimität ins Zentrum rückt.

Vielfältige marginalisierte Subjektpositionen und Interessen prallen in Chile an einem verfassungsgemäß geschützten System ab, das Eliten- und Herrschaftsinteressen gegenüber der Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Veränderung immunisiert. Die Konvergenz der an diesem System abprallenden Sozialen Bewegungen um die Losung der *constituyente* (die in Chile in aktuellen Debatten immer deutlicher zutage tritt) indiziert, dass in Chile die institutionelle Verfasstheit insgesamt zur Disposition steht. Der *nuevo constitucionalismo* stellt einen Referenzrahmen dar, der Sozialen Bewegungen Einheit in der Vielfalt ermöglicht und damit die Realisierung einer gesamtgesellschaftlichen Utopie als Prozess anstelle eines fertigen Konzepts in Aussicht stellt (Revolution als Prozess). Seine Legitimität schöpft er neben dem demokratischen Moment aus der Notwendigkeit sozialer Transformation. Er ist der Entwurf eines großen Ganzen der vielfältigen Subjektpositionen gegenhegemonialer Bewegungen, die die Utopie in einer Rückeroberung des demokratischen Moments und dessen Ausdruck in der *constituyente* aus den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Gegenwärtigen ableiten.

Ob sich der *nuevo constitucionalismo* als eine wirkmächtige Strategie der Artikulation und des Aufbaus von Gegenhegemonie (Brand 2005: 9) und schließlich eines neuen historischen Blocks erweist oder aber als Fallstrick, der die politische Kraft der Bewegungen in einem legalistischen Diskurs absorbiert, entscheidet sich in den konkreten Kämpfen und der Ausgestaltung des Charakters der *constituyente*. Mit Gramsci (Lisa 1933) lässt sich bemerken: Die *constituyente* darf nicht als ein Ziel an sich, sondern muss als ein Mittel, ein Werkzeug betrachtet werden. Gramsci empfiehlt der italienischen Kommunistischen Partei die Losung einer verfassungsgebenden Versammlung, um sämtliche antifaschistische Kräfte um die Hegemonie der Kommunistischen Partei zu sammeln und die proletarische Revolution so innerhalb einer gegenhegemonialen Sammelbewegung als die logische Alternative zum Faschismus zu verankern. „Die *constituyente* stellt die Organisationsform dar, in deren Schoß sich die dringenden Forderungen der Arbeiterklasse realisieren können [...]“ (Ebd., Übers. FU).

In Chile hatte sich im August 2012 eine neue Partei gegründet, die in Kooperation mit der Kommunistischen Partei zu den Kommunalwahlen im Oktober antrat: die *Izquierda Ciudadana de Chile (Linke BürgerInnenbewegung Chiles)*. Die aus der Bewegungsplattform MAIZ heraus entstandene Partei hat sich das Projekt einer verfassungsgebenden Versammlung auf die Fahnen geschrieben und konnte dieses auch im Bündnis *Por un Chile Justo (Für ein gerechtes Chile)*, in welchem die Partei die Wahlen bestritt, verankern. Gleichzeitig gibt es mittlerweile hunderte von Stadtteil- und Kommunalversammlungen und mindestens sieben Regionalversammlungen, die das Thema der *constituyente* diskutieren und die in der Konfrontation mit der Regierung mittlerweile auch von dieser als AnsprechpartnerInnen akzeptiert werden (Völpl 2012).

In Chile formiert sich damit eine gegenhegemoniale Bewegung, die inspiriert durch die Beispiele des *nuevo constitucionalismo* in dessen Fußstapfen tritt. Gelingt es den Eliten den Ruf nach Demokratie in einer Neuordnung der Staatsapparate so zu absorbieren, dass der Ort der Macht nur verschoben, aber nicht aufgelöst wird, verliert die Bewegung die Initiative. Zielt die *constituyente* aber auf eine *Transformation der Staatsapparate* (Poulantzas 1978/2002: 170) selbst ab, kann sie die Grundlage für die Entstehung eines neuen historischen Blocks sein. „Demokratie kann also sowohl ein Instrument zur Schwächung Sozialer Bewegungen als auch die schärfste Waffe ebensolcher Bewegungen sein – je

nachdem, mit welchen Inhalten der Begriff verknüpft und in welchem Kontext er verwendet wird, je nach Deutungshoheit, diskursiven Kämpfen und Kräfteverhältnissen.“ (Schaffar 2011: 109)

5. Resümee

Die Immunisierung von Eliteninteressen gegenüber antagonistischen Gruppierungen mittels deren Einschreibung in die Verfassung, die damit den Status quo konservierte, führte in Chile schon bald zur Erosion des noch jungen liberaldemokratischen Konsenses nach der Transition. Anstelle dieses liberaldemokratischen Konsenses setzen Soziale Bewegungen die Losung der (wahren) Demokratie. Diese radikalisiert sich in dem Maß, in dem die Kämpfe um Einbindung an den rigiden Strukturen abprallen, die in der neoliberalen Verfassung angelegt sind. Die Forderung der Verstaatlichung des Bildungssektors, die in der „Revolution der Pinguine“ von 2006 noch umstritten war, wird in der Bewegung von 2011 mehrheitsfähig und zum hauptsächlichen Reibungspunkt mit der Regierung von Sebastian Piñera. Da eine solche Verstaatlichung aber eine grundlegende institutionelle Erneuerung des Landes und eine Verfassungsänderung erfordern würde, sucht die Bewegung die Allianz anderer AkteurInnen, deren Interessen in der gegenwärtigen Verfasstheit ebenso marginalisiert und der Verwertungslogik unterworfen sind. Die Herausforderung durch den *new constitutionalism*, der sich in Chile in Form der Verfassung Pinochets zeigt, wird von den Bewegungen daher mit dem Ruf nach einer neuen Verfassung im Stile des *nuevo constitucionalismo* beantwortet. Durch die Rückbindung des Politischen an das Soziale soll die Kluft zwischen sozialen Realitäten und politischen Prozessen überwunden werden. Die *constituyente* als demokratischer Ausdruck des Prozesses der Erneuerung soll eine Verfasstheit schaffen, die in den Bewegungen selbst in Form der *asambleas* (BürgerInnenversammlungen) angelegt ist, sich also selbst ständig neu verfasst und Transformation und sozialen Wandel auf Dauer stellt. Die Bewegungen setzen damit nicht nur die Durchsetzung institutioneller Innovationen auf ihre Tagesordnung, sie selbst stellen den Kern der institutionellen Innovation dar. Verfassung steht dabei nicht mehr im Dienst der Konservierung des Status quo, sondern vielmehr im Dienst des Transformationsprozesses, dessen Funktionieren sie gewährleisten soll. Wie sich der Prozess der lebendigen und schöpferischen Kraft der *constituyente* in seinem Ergebnis manifestiert und

welche demokratischen Qualitäten dieses Ergebnis auszeichnen entscheidet darüber, ob der Widerspruch zwischen konstituierender und konstituierter Macht überwunden werden kann. Je geringer der Abstand zwischen diesen beiden Polen, desto demokratischer fällt die Verfasstheit einer Gesellschaft aus.

Nachdem Chile von der *Autokratie* in die *Juristokratie* geraten war, liegt die Initiative jetzt bei den Sozialen Bewegungen, den Weg zur (wahren) Demokratie zu ebnen. Die Studierendenbewegung hat dabei einen Stein ins Rollen gebracht, der mit der Zeit immer mehr an Fahrt zu gewinnen scheint. Abzuwarten bleibt, ob er einen Erdbeben auslöst. Die aktuellen Debatten über eine verfassungsgebende Versammlung zeigen jedenfalls an, dass sich die Sozialen Bewegungen das von Salvador Allende proklamierte Projekt eines demokratischen und sozial gerechten Chile wieder auf die Fahnen geschrieben haben. Deren Konvergenz im Rückgriff auf den lateinamerikanischen *nuevo constitucionalismo* ist dabei die Antwort auf die Abschließung des politischen Systems im Kontext des *new constitutionalism* und bringt die Frage nach der institutionellen Verfasstheit der Gesellschaft wieder auf die politische Tagesordnung. Ob die Anrufung der *constituyente* auch die *adäquate* Antwort auf den *new constitutionalism* ist, wird sich darin zeigen, ob die verfassungsgebende Versammlung in den Vorhöfen der Macht oder den Hinterhöfen der *barrios* abgehalten wird.

6. Literatur

- Azzellini, D. (2010): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*. Hamburg: VSA.
- Barros, R. (2001): Personalization and Institutional Constraints: Pinochet, the Military Junta, and the 1980 Constitution. *Latin American Politics and Society*, Vol. 43, No. 1 (Spring 2001), 5-28.
- Bieling, H. (2007a): *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bieling, H. (2007b): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie. In: Buckel, S./Fischer-Lescano, A. (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 143-160.
- Brand, U. (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg: VSA Verlag.
- Carnoy, M. (1998): National Voucher Plans in Chile and Sweden: Did Privatization Reforms Make for Better Education? *Comparative Education Review*, Vol. 42, No. 3 (Aug. 1998), 309-337.
- Couso, J. (2008): La judicialización de la política chilena: la revolución de los derechos que nunca fue. In: Sieder, R./Schjolden, L./Angell, A.: *La judicialización de la política en América Latina*. Bogotá: Universidad Externado de Colombia, 131-159.
- Cox, R. (1992): Global Perestroika. In: Miliband, R./Panitch, L. (Hg.): *The socialist register: New World Order?* London: Merlin Press, 26-43.
- CSA – Confederación Sindical Americana (2011): Huelga nacional en Chile: un éxito a pesar de la represión. Online: http://cutchile.cl/index.php?option=com_content&view=article&id=404:-huelga-nacional-en-chile-un-exito-a-pegar-de-la-represion&catid=34:trabajadores&Itemid=88 [10.05.2012]
- Davis, D. (1999): The power of distance. Re-theorizing social movements in Latin America. *Theory and Society*, 28 (4), 585-638.
- Estrada, D. (2009): Profesores y estudiantes contra nueva ley. Online: <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=91726> [23.08.2012]
- Fernández Bolvarán, M. (2012): Mejores alumnos de liceos públicos logran 139 puntos menos en la PSU que sus pares de colegios privados. *UES Chile*. Online: http://www.ues.cl/noticias/mejores_alumnos_de_liceos_publicos_logran_139_puntos_menos_en_la_psu_que_sus_pares_de_colegios_privados/1373 [10.08.2012]
- Figuroa Clarck, V. (2011): Chile: National Strike Forces Government to Negotiating Table. Online: <http://upside-downworld.org/main/chile-archives-34/3203-chile-national-strike-forces-government-to-negotiating-table> [10.05.2012]
- Fischer, K. (2007): Globalisierung und der neue Internationalismus. Akteure, Ideen und Handlungsformen. In: Fischer, K./Zimmermann, S. (Hg.): *Internationalismen: Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia Verlag, 193-214.
- Friedman, M. (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gargarella, R./Courtis, C. (2009): *El nuevo constitucionalismo latinoamericano: promesas e interrogantes*. Santiago de Chile: CEPAL.
- Gaudichaud, F. (2011): When triumphant neoliberalism begins to crack. Reflexions on the awakening of social movements and the „Chilean May“. Online: <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article2349> [10.05.2012]
- Gill, S. (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism. *Millennium: Journal of international Studies*, Nr. 24 (3), 339-423.

- Gill, S. (1998): New constitutionalism, democratisation and global political economy. *Pacific Review: Peace, Security & Global Change*, 10 (1), 23-38.
- Gill, S. (2000): *The Constitution of Global Capitalism*. Paper presented to a Panel: The Capitalist World, Past and Present at the International Studies Association Annual Convention in Los Angeles (2000). York University of Canada: Department of Political Science.
- Gómez Leyton, J. (2006): La rebelión de las y los estudiantes secundarios en Chile. Protesta social y política en una sociedad neoliberal triunfante. OSAL, *Observatorio Social de América Latina*, año VII, no. 20. Argentinien: CLACSO- Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, 107-127. Online: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal20/gomez.pdf> [10.06.2012]
- Gramsci, A. (1991-2002): *Gefängnishefte*. Hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument Verlag.
- Guth, R. (2012): *EU-Krisenpolitik als Verrechtlichung der Demokratie. Autoritärer Konstitutionalismus & die Negation der Volkssouveränität*. Paper präsentiert im Rahmen von Momentum12: Demokratie, Track 3: Recht, Freiheit und Demokratie. Online: http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Guth1.pdf [10.10.2012]
- Hernández ,V. (2011): El malestar de los chilenos. BBC Mundo. Online: http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2011/07/110714_chile_descontento_social_vh.shtml [10.05.2012]
- Hirschl, R. (2000): The Political Origins of Judicial Empowerment through Constitutionalization: Lessons from Four Constitutional Revolutions. *Law & Social Inquiry*, Vol. 25, No. 1. (Winter, 2000), 91-149.
- Hirschl, R. (2001): The Political Origins of Judicial Empowerment through Constitutionalization. *Comparative Politics*, Vol. 33, No. 3 (Apr., 2001), 315-335.
- Hirschl, R. (2004): The Political Origins of the New Constitutionalism. *Indiana Journal of Global Legal Studies*, Vol. 11, Iss. 1, Article 4.
- Jara Román, S. (2011): Camila Vallejo: „Necesitamos un cambio constitucional“. Entrevista con El Ciudadano. *El Ciudadano*, N°109. Online: <http://www.elciudadano.cl/2011/10/11/42258/camila-vallejo-necesitamos-un-cambio-constitucional/> [10.05.2012]
- LAN (Lateinamerika Nachrichten) (2012): „Der kulturelle Wandel ist unumkehrbar“. Interview mit Camila Vallejo, Karol Cariola und Jorge Murúa von der chilenischen Protestbewegung. *LAN* 453, März 2012, 10-13.
- Lisa, A. (1933): *Discusion política con Gramsci en la carcel. [Texto íntegro del informe enviado en 1933 al Centro del Partido]* Online.: <http://www.gramsci.org.ar/8/53.htm> [10.08.2012]
- Martínez Dalmau, R. (2008): El nuevo constitucionalismo latinoamericano y el proyecto de Constitución de Ecuador de 2008. *Alter Justiti. Nueva Constitución Política. Régimen del Buen Vivir y Poder Ciudadano*, Año 2, Número 1, 17-28.
- Martínez Dalmau, R./Viciano, R.; (2010): Aspectos generales del nuevo constitucionalismo latinoamericano. In: Corte Constitucional de Ecuador para el período de transición (Hg.): *El nuevo constitucionalismo en América Latina*. Quito: Corte Constitucional del Ecuador, 13-43.
- Massardo, J. (2011): *La significación histórica del movimiento estudiantil*. Online: <http://www.chileaulas.com/?p=1166> [10.05.2012]
- McSherry, P./Molina Mejía, R. (2011): Chilean Students Challenge Pinochet's Legacy. *Nacla Report on the Americas*, Vol. 044, 29-34.
- Mizala, A./Romaguera, P. (1998): Desempeño escolar y elección de colegios: la experiencia chilena. *Serie Economía*, No 36. Santiago: Centro de Economía Aplicada.
- Mizala, A. (2007): La Economía Política de la Reforma Educativa en Chile. *Serie Estudios Socio-Económicos*, Nr. 36. Santiago de Chile: Corporación de Estudios para Latinoamérica.
- Müller-Plantenberg, U. (2008): Schlaglichter auf das Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Chile. In: Schmalz, S./Tittor, A. (Hg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chavez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Hamburg: VSA Verlag für Sozialwissenschaften, 117-128.
- Negri, A. (2009): *Insurgencias: Constituent Power and the Modern State*. Minnesota: University of Minnesota Press.
- Olavarria, M. (2003): Protected Neoliberalism. Perverse Institutionalization and the Crisis of Representation in Postdictatorship Chile. *Latin American Perspectives*, Vol. 30, 10-38.
- Punto Final (2011): Nace *Movimiento Amplio de Izquierda*. Online: <http://www.puntofinal.cl/734/maiz.php> [08.08.2012]
- Poulantzas, N (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag.
- Redondo, J. (2007): *El derecho a la educación en Chile*. Buenos Aires: Fundación Laboratorio de Políticas Públicas.
- Rucht, D. (1999): Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen. In: Lein, A./Legrand, H./Leif, T. (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 15-27.
- Schaffar, W. (2007): Verfassung in der Krise. Die thailändische „Verfassung des Volkes“ von 1997. In: Conermann, S./Wolfram S. (Hg.): *Die schwere Geburt von Staaten. Verfassungen und Rechtskulturen in modernen asiatischen Gesellschaften*. Bonn: EB Verlag, 233-274.
- Schaffar, W. (2011): Demokratie, Demokratisierung und Konstitutionalismus in Peripheriestaaten. In: Atac, I/Kraler, A/Ziai, A (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien: Mandelbaum Verlag, 93-113.
- Tarrow, S. (1994/2011): *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*. New York: Cambridge University Press.

- Unterberger, F. (2012): „Wenn die Medien schweigen, sprechen die Wände“. Gegenöffentlichkeit und Repression in Honduras nach dem Putsch. In: Lateinamerikagruppe Marburg (Hg.): *Medien und Demokratie in Lateinamerika*. Rosa Luxemburg Stiftung Manuskripte 95. Berlin: Dietz Verlag, 183-200.
- Urtubia Banda, F./Álvaraez Heyer, H. (2006): *Ley Orgánico Constitucional De Enseñanza. Artículo crítico centrado en la enseñanza básica y media*. Santiago de Chile: CEME. Online: www.archivochile.com [10.02.2012]
- Vogler, J. (2007): Chile: Business as Usual Under Michelle Bachelet. *Upside Down World*. Online: <http://upside-down-world.org/main/chile-archives-34/683-chile-business-as-usual-under-michelle-bachelet> [10.06.2012]
- Völpel, E. (2012): Der lange Atem der Bewegung. *analyse&kritik*, Nr. 574, 21. Online: http://www.akweb.de/ak_s/ak574/11.htm [20.08.2012]
- Wadi, R. (2011): Seeking social justice through education in Chile. *Upside Down World*. Online: <http://upside-down-world.org/main/chile-archives-34/3190-seeking-social-justice-through-education-in-chile> [20.08.2012]
- Zibechi, R. (2012): *A New Chile is Possible*. Online: <http://www.cipamericas.org/archives/6256> [10.05.2012]